

MAKROÖKONOMISCHE EFFEKTE DER EU-INTEGRATION AUF ÖSTERREICH¹

1. Der EU-Binnenmarkt und die Währungsunion	92
2. Studien zu den Effekten des EU-Beitritts	94
3. Österreichs Wirtschaft vor und nach dem EU-Beitritt	96
4. Simulationsergebnisse	99
5. Resümee	102

Auszug aus WISO 3/2006

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Gruberstraße 40–42

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@akooe.at

Internet: www.isw-linz.at

**Engelbert
Stockhammer**

**Ass.-Prof. am Institut
für Geld- und
Finanzpolitik der
Wirtschaftsuniversität
Wien; Forschungs-
schwerpunkte:
Makroökonomie,
Arbeitslosigkeit,
Wachstum**

Mit 1. Jänner 1995 trat Österreich der Europäischen Union bei. Das Jubiläum des EU-Beitritts im letzten Jahr hat zu einer Vielzahl von Rückblicken und Stellungnahmen zu den Effekten desselben geführt. Diese sind von einem Grundkonsens getragen, dass der EU-Beitritt ein makroökonomischer Erfolg sei, ein Mangel an Belegen wird dabei gelegentlich durch einen euphorischen Ton kompensiert (Beyrer et al. 2004, Raiffeisen Research 2004). Dabei wird die Tatsache, dass Österreich seit dem EU-Beitritt langsamer wächst als davor, zwar mitunter bemerkt, aber nicht ernsthaft analysiert. Raiffeisen Research (2004, S. 3) stellt lapidar fest: „Dass Österreich seit 1995 nicht zu den Spitzenreitern der Wachstumsentwicklung zählt, soll der Erfolgsstory keinen Abbruch tun.“ Ähnlich findet Mooslechner (2005, S. 35): „Insgesamt fällt der makroökonomische Befund für die Entwicklung seit dem EU-Beitritt weitgehend günstig aus. [Aber] das Wirtschaftswachstum [kann] keineswegs als zufrieden stellend qualifiziert werden.“ Inwiefern die schlechte Wachstumsperformance mit dem Prozess der EU-Integration selbst zu tun hat, wird nicht erörtert.

*Studien-
ergebnisse:
Binnenmarkt und
Währungsunion
bringen
Wachstums-
impulse von
einem halben
Prozentpunkt
pro Jahr*

Die Basis dieser positiven Einschätzung liegt in einer Reihe von Studien, die von Fritz Breuss zum Teil mit Koautoren verfasst wurden. Sie beruhen auf makroökonomischen Simulationen, teils mit dem WIFO-Makromodell, von (positiven) angebotsseitigen Effekten. Gemäß den Simulationen von Breuss ergaben sich durch die Teilnahme am Binnenmarkt und an der Währungsunion Wachstumsimpulse von einem halben Prozentpunkt pro Jahr (Breuss 2006, S. 12). Irritierend an der gegenwärtigen Diskussion ist, dass die Ergebnisse dieser Studien als Fakten behandelt werden und nicht als das, was sie sind, nämlich die Ergebnisse seriöser wissenschaftlicher Simulationen, deren Ergebnisse entscheidend von den verwendeten Modellen und Simulationsannahmen beeinflusst werden.

Die Zeit des österreichischen EU-Beitritts fiel mit zwei großen Entwicklungen in der EU zusammen. Erstens wurde das Binnenmarktprojekt realisiert, das Handelsbarrieren zwischen

EU-Ländern abbaute, und zweitens kam es, in Reaktion auf die EWS-Krise 1992/93, zur monetären Integration und der Einführung des Euro. Die Einheitswährung wurde in einem bestimmten geld- und fiskalpolitischen Rahmen, zunächst den Konvergenzkriterien und dann dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP), realisiert, der immer wieder Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen wurde und vom damaligen Kommissionsvorsitzenden Romano Prodi einst gar als „stupid“ bezeichnet wurde. Der Kern der Kritik ist die Inflexibilität (und willkürlichen Schwellenwerte) der Vorgaben des SWP und der allgemeinen restriktiven Ausrichtung von Geld- und Fiskalpolitik, die oft als restriktives Bias bezeichnet wird.² Der Euro-Raum hat sich durch dieses Arrangement der wichtigsten wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume beraubt: Während die einheitliche Geldpolitik einseitig auf die Inflationsbekämpfung ausgerichtet ist, ist die Fiskalpolitik auf der EU-Ebene zu schwach und die nationalen Fiskalpolitiken sind schwer zu koordinieren und durch den SWP stark beeinträchtigt. Dies wirkt dämpfend, eben restriktiv, auf die Nachfrage. Genau dieser Effekt wird in den Simulationen zu den Effekten der europäischen Integration auf Österreich zumeist nicht berücksichtigt.

*restriktives Bias
des Stabilitäts-
und Wachstums-
pakts
(SWP) nicht
berücksichtigt*

Entsprach die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung den optimistischen Erwartungen? Dieser Frage wird im Folgenden nachgegangen. Dazu wird zuerst ein kurzer, kritischer Überblick über die Studien zu den Effekten des EU-Beitritts gegeben und deren Ergebnisse werden der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung seit 1995 gegenübergestellt. Danach werden eigene Simulationsergebnisse (Stockhammer 2006) zusammengefasst. Diese berücksichtigen auch die restriktiven nachfrageseitigen Effekte des SWP. Im Gegensatz zur Mehrheit der vorliegenden Studien und der derzeit in Politik und Medien vorherrschenden überaus positiven Einschätzung wird hier eine nüchterne Bilanz gezogen.

1. Der EU-Binnenmarkt und die Währungsunion

*Binnenmarkt-
projekt: im
Cecchini-Report
Wohlstands-
effekte auf 4,5 %
des EU-BIP
geschätzt*

Das Binnenmarktprojekt war mit hohen Erwartungen verbunden. Im Cecchini Report von 1988 wurden die Wohlfahrts-effekte innerhalb von fünf Jahren auf rund 4,5 % (eigentlich: 3,2 bis 5,7 %) des EU-BIP geschätzt und die Schaffung von 1,3 bis 2,3 Millionen neuer Jobs in Aussicht gestellt. Gleichzeitig sollten die Budgets um 1,5 bis 3 %-Punkte des BIP entlastet werden und die Preise um 4,5 bis 7,7 % fallen. Der Grund für diese erfreulichen Effekte wurde in der Intensivierung des Wettbewerbs und Nutzung von „economies of scale“ gesehen. Diese würden wegen des Wegfalls nicht-tarifärer Handelshemmnisse, der Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens und der Liberalisierung von Finanzdienstleistungen eintreten.

*aktive
Nachfragepolitik
notwendig zur
Erzielung der
positiven Effekte*

Der Cecchini-Bericht war sehr explizit in seiner Betonung, dass der Binnenmarkt alleine nicht ausreichen würde. Notwendig zur Erzielung der positiven Effekte in vollem Umfang seien eine strikte Wettbewerbspolitik und eine aktive Nachfragepolitik, nicht zuletzt da die Produktivitätsgewinne in der Anfangsphase die Arbeitslosigkeit erhöhen könnten (Emerson et al. 1988, S. 213). Es ist wert, die relevante Passage ausführlich zu zitieren:

„More than full implementation of the White Paper is required in order to achieve the potential benefits of an integrated European market. There must be a strong competition policy (...). Macroeconomic policy has to be set on a coherent, growth-oriented strategy. The White Paper represents a policy aimed at making the supply potential of the Community economy more flexible and competitive. The counterpart in terms of the demand side needs to be clearly agreed among policy-makers and credibly communicated to business and public opinion.“ (Emerson et al. 1988, S. 10)

Die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) war Gegenstand des Maastricht-Vertrags (1994), in dem die Bedingungen für die Mitgliedschaft, die bekannten Konvergenz-

E. Stockhammer Makroökonomische Effekte der EU-Integration auf Österreich

kriterien, festgelegt wurden. Die WWU trat 1999 in Kraft und wurde durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) flankiert. Selbiger schreibt mittelfristig ausgeglichene Staatshaushalte vor und droht mit Strafzahlungen im Fall von Budgetdefiziten von mehr als 3 % des BIP (außer im Fall einer schweren Rezession). Gleichzeitig wurde die EZB (Europäische Zentralbank), nach Vorbild der Bundesbank, als politisch unabhängige Institution gegründet und ihre Aufgabe in der Wahrung der Preisstabilität festgeschrieben.

SWP schreibt mittelfristig ausgeglichene Staatshaushalte vor

Dieses institutionelle Setting der europäischen Wirtschaftspolitik, wo die Geldpolitik ausschließlich der Preisstabilität und die Fiskalpolitik dem Prinzip des ausgeglichenen Budgets verpflichtet ist, wurde wegen seines immanenten deflationären Bias oft als inadäquat kritisiert und auch für die Heftigkeit und Länge der Rezession in den letzten Jahren verantwortlich gemacht. So schreibt z.B. der Economist: „In recent years, both [Japan and the EU] have suffered from extraordinarily incompetent macroeconomic policies. (...) In Europe, an obsession with tight monetary policy has exacerbated the recent economic downturn". (Economist, Sept. 20th, 2003. A survey of the world economy, p. 4). Die kritisierte Wirtschaftspolitik ist dabei nicht nur auf persönliche Fehler von wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern zurückzuführen, sondern auf die wirtschaftspolitischen Strukturen, die durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt geschaffen wurden.

Geldpolitik der Preisstabilität und Fiskalpolitik dem Prinzip des ausgeglichenen Budgets verpflichtet

In der politischen Diskussion ebenso wie in der ökonomischen Forschung ist der SWP umstritten. Romano Prodi, damals Kommissionspräsident, bezeichnete ihn gar als „stupid“. Arestis und Sawyer (2004) weisen darauf hin, dass im EU-Raum praktisch kein wirtschaftspolitisches Instrument zur aktiven Politik zur Verfügung steht. Altavilla und Marani (2005) zeigen, dass in den 90er Jahren sowohl die Geld- als auch die Fiskalpolitik restriktiv wirkten. Bieler (2003) und van Apeldoorn (1999) sehen in der Kombination aus Binnenmarkt und dem wirtschaftspolitischen Regime des SWP die Durchsetzung des neoliberalen Modells.

Wirtschaftswachstum in der EU schwächte sich seit 1992 um 0,72 % pro Jahr ab

Wie sah nun die wirtschaftliche Entwicklung in der EU aus? Der Binnenmarkt trat 1992 in Kraft und auch der Maastrichter Vertrag, der den Fahrplan zur Währungsunion und die bekannten Konvergenzkriterien enthielt, wurde in diesem Jahr unterzeichnet. Damit bietet sich das Jahr 1992 als ein einschneidendes Datum im Prozess der europäischen Integration an. Um eine vergleichbar lange Zeitperiode zu betrachten, werden im Folgenden die durchschnittlichen Wachstumsraten der Perioden 1981 bis 1992 und 1993 bis 2004 verglichen. Das Wirtschaftswachstum schwächte sich im Vergleich der beiden Perioden um 0,72 % p.a., also um fast einen dreiviertel Prozentpunkt pro Jahr ab, das Wachstum der Arbeitsproduktivität gar um 0,91% p.a. Die (kurzfristigen) Zinsen fielen und die Primärdefizite haben sich um 2,38 %-Punkte (des BIP) verbessert (siehe auch Tabelle 1 in Stockhammer 2006). Dies deutet auf eine restriktive Fiskalpolitik hin.

Der erwartete Wachstumsschub durch den Binnenmarkt findet sich in den Statistiken nicht wieder. Entweder sind die positiven Effekte des Binnenmarktprojekts nicht eingetreten oder sie sind von anderen Entwicklungen überlagert worden. Die erwarteten Preiseffekte, die auch durch den Maastrichter Vertrag verbindlich festgeschrieben wurden, sind spürbar. Allerdings scheint es, dass die Desinflationspolitik hohe Kosten für das Wachstum hatte. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, ebenfalls Ziel des Maastrichter Vertrags, machte große Fortschritte, aber wiederum, so ist zu vermuten, unter Inkaufnahme negativer Effekte für Wachstum und Beschäftigung.

2. Studien zu den Effekten des EU-Beitritts

Es liegen eine beträchtliche Anzahl von Studien zu den makroökonomischen Effekten des EU-Beitritts für Österreich vor, die größtenteils von Fritz Breuss, teils in Zusammenarbeit mit anderen Autoren, verfasst wurden. Die frühen Studien, die vor dem EWR-Beitritt, der EU-Volksabstimmung bzw. dem WWU-Beitritt (von Ministerien bzw. dem Bundeskanzleramt)

E. Stockhammer Makroökonomische Effekte der EU-Integration auf Österreich

in Auftrag gegeben worden sind, sind als Entscheidungshilfen zu verstehen.

Tabelle 1 gibt eine Übersicht über die Studien und deren Hauptergebnisse. Zur Vereinfachung werden nur ein realer und ein nomineller Indikator, nämlich das durch den EU-Beitritt verursachte BIP-Wachstum bzw. die entsprechenden Veränderungen der Inflationsrate, angegeben. Die Studien selbst weisen detailliertere Ergebnisse aus (z.B. für Investitionen, Konsum und Arbeitsproduktivität als reale Größen). Im Detail sind die angeführten Ergebnisse nicht vergleichbar, da sie sich auf unterschiedliche Szenarien beziehen³ und unterschiedliche Beobachtungszeiträume umfassen. Die Grundtendenz der Studienergebnisse ist jedoch klar. Typischerweise wird eine Erhöhung des Wachstums realer Größen und eine Reduktion des Wachstums nomineller Größen vorhergesagt.

Tabelle 1: Eine Übersicht über die vorhandenen Studien (Effekte nach 5 Jahren)

Studie	Thema	Methode	BIP	Inflation
BS 89	EWR vs. EFTA	Nf Mod Sim	1,6	-1,6
Breuss et al. 1994	EU vs. EWR	Nf Mod Sim	2,8	-3,3
KK 96	EU	CGE Sim	2,0	
Breuss (1997)	WWU	Makro Mod Sim	2,2	+ 6,5
Breuss (1999), (2000)	EU	Hist Makro A	3,0	-4,3 / -1,9
Breuss (2003), (2005)	EU	Ang Mod Sim	2,2 / 2,8	-1,5

Quelle: Stockhammer (2006)

Anmerkung: Die Studienergebnisse sind aufgrund von Unterschieden in den unterstellten Szenarien nicht direkt vergleichbar.

Abkürzungen: Nf Mod Sim – Simulation mit einem nachfrageorientierten Modell; Ang Mod Sim – Simulation mit einem angebotsorientierten Modell; CGE – Computational General Equilibrium Modell; Hist Makro A – makroökonomische Analyse mit historischen Daten.

KK 96 – Keuschnigg und Köhler (1996); BS 89: Breuss und Schebeck (1989)

Datenquelle: OECD Economic Outlook dataset

Makroökonomische Simulationen des EU-Beitritts sind natürlich mit einer Vielzahl methodischer Probleme konfrontiert und müssen eine Vielzahl von Annahmen machen, die kaum als realistisch zu bezeichnen sind. Teils ist das aufgrund des zwangsweise engen Simulierungsrahmens unvermeidlich, teils werden jedoch damit zentrale Ergebnisse beeinflusst. Die folgenden Punkte sind besonders bemerkenswert oder problematisch:

*nachfrageseitige
Effekte des
SWP nicht
thematisiert*

- Während die frühen Arbeiten (Breuss und Schebeck 1989, Breuss, Kratena und Schebeck 1994) noch nachfrageorientierte Makromodelle verwendeten, liegen den späteren Arbeiten (v.a. Breuss 2003, 2005) rein angebotsseitige Modelle zugrunde. Nachfrageeffekte können in solchen Modellen definitionsgemäß nicht adäquat berücksichtigt werden.
- Die Modelle beziehen sich vor allem auf Handelseffekte und Budgeteffekte. Von den Dimensionen des EU-Beitritts wird daher nur die Binnenmarktseite abgebildet. Die mit der Währungsunion einhergehende Beeinflussung der Geldpolitik und der nationalen Fiskalpolitiken, also die Nachfrageseite, wird in keiner Studie thematisiert.⁴
- Durch den EU-Binnenmarkt fielen die Grenzen sowohl für Kapital als auch für Arbeit. Da der Faktor Arbeit durch eine Vielzahl von kulturellen und sozialen Faktoren eine wesentlich geringere Mobilität aufweist, ist zu erwarten, dass die tatsächlichen Effekte asymmetrisch sind. Speziell wäre durch die (relativ) höhere Kapitalmobilität eine Erhöhung der Preiselastizität der Arbeitsnachfrage zu erwarten, was bei Lohnverhandlungen die Verhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen schwächen würde (Rodrik 1997). Diese Verteilungswirkungen des Binnenmarkts wurden in keiner der Studien thematisiert.

3. Österreichs Wirtschaft vor und nach dem EU-Beitritt

In Tabelle 2 sind verschiedene wichtige makroökonomische Kennzahlen Österreichs zusammengefasst. Dabei fällt folgendes Muster auf:

E. Stockhammer Makroökonomische Effekte der EU-Integration auf Österreich

- Die realen Kennzahlen wie Wachstum des BIP, der Investitionen und der Arbeitsproduktivität sowie die Arbeitslosenrate haben sich seit dem EU-Beitritt durchgehend verschlechtert. Das Wirtschaftswachstum ist gefallen, ebenso die Investitionen und das Produktivitätswachstum. Die Arbeitslosigkeit ist seit dem EU-Beitritt gestiegen. *Wirtschaftswachstum seit dem EU-Beitritt verschlechtert ...*
- Die monetären Kennzahlen haben sich seit dem EU-Beitritt verbessert. So ist die Inflationsrate gefallen, ebenso die Zinsen. Dieser Eindruck bestätigt sich auch, wenn andere Indikatoren verwendet werden, z.B. die Differenz zwischen nominellen Zinsen und nominellem Wirtschaftswachstum, die oft als Indikator für „monetary tightness“ herangezogen wird. *... aber Inflation verringert*

Tabelle 2: Österreichs wirtschaftliche Entwicklung vor und nach dem EU-Beitritt

	85–94	89–94	95–99	95–04	Vergleich	
	10 J vor EU	5 J vor EU	5 J nach EU	10 J nach EU	5 J	10 J
BIP	2,7 %	2,8 %	2,7 %	2,1 %	-0,2 %	-0,6 %
Investitionen	4,5 %	3,5 %	3,3 %	2,7 %	-0,2 %	-1,8 %
Arbeitsproduktivität	2,15 %	2,20 %	2,18 %	1,72 %	0,0 %	-0,4 %
Arbeitslosenrate	4,4	4,6	5,5	5,4	0,9	1,0
Preise	2,7 %	3,4 %	1,3 %	1,5 %	-2,1 %	-1,2 %
Zinsen	6,79	7,92	3,60	3,44	-4,3	-3,3

Quelle: Stockhammer (2005)

Datenquellen: OECD Economic Outlook dataset. BIP: GDP volume, Investitionen: Private fixed investment, Preise: consumer prices, Zinsen: short-term interest rates, Arbeitsproduktivität: productivity index (GDP per employment), Arbeitslosenrate: unemployment rate

Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung Österreichs seit dem EU-Beitritt gibt also ein ernüchterndes Bild, das mit den Studienergebnissen im Widerspruch zu stehen scheint. Streng

genommen ist allerdings *jede* tatsächliche Entwicklung mit den Prognosen konsistent. Die Prognosen beziehen sich ja auf das *zusätzliche* Wachstum durch den EU-Beitritt. Hat sich das Trendwachstum aus anderen Gründen verringert, so können die positiven Effekte durchaus eingetreten sein. Im konkreten Fall wurden ca. 0,5 % mehr Wachstum pro Jahr vorhergesagt, tatsächlich ist das Wachstum um 0,5 % p.a. gefallen. Damit die Prognosen stimmen, müsste also das Trendwachstum aus anderen Gründen um einen ganzen Prozentpunkt gefallen sein. Dies ist zwar möglich, allzu plausibel ist es nicht. Die angeführten Studien geben auch keinerlei Erklärungen diesbezüglich.⁵

*Profitquote in der
österreichischen
Industrie
gestiegen*

Es sind jedoch nicht nur die makroökonomischen Kennzahlen, die darauf hindeuten, dass die erwarteten positiven Effekte nicht eingetreten sind. Erstens ist die erwartete Intensivierung des Handels mit der EU nicht zustande gekommen. Der Anteil der EU15 am österreichischen Außenhandel ist gesunken, während jener Mittel- und Osteuropas sowie der NAFTA-Länder gestiegen ist. Vor allem Zweites steht im Widerspruch zu den Prognosen (Breuss 2005). Zweitens gibt es bislang keine Evidenz, dass der Wettbewerbsdruck gestiegen ist, wie er es gemäß den Prognosen hätte tun sollen. Die Profitquote in der österreichischen Industrie, ein einfaches Maß für den Mark-Up und damit die Marktmacht der Unternehmen, ist im relevanten Zeitraum sogar gestiegen. Es gibt also bisher keinen Beleg, dass der Wettbewerbsdruck in Österreich tatsächlich gestiegen ist.⁶ Drittens hatten die Prognosen argumentiert, dass über die Ausnutzung von Skalenerträgen und Ausnutzung von komparativen Kostenvorteilen in der Produktion die Produktivität steigen würde. Tatsächlich sind die Wachstumsraten der Arbeits- und der totalen Faktorproduktivität jedoch gesunken. Auch dies legt nahe, dass der erwartete positive Angebotsschock nicht eingetreten ist. Für die Effekte des Binnenmarkts auf die EU als Ganzes kommt Ziltener (2004) zu einem ähnlichen Ergebnis.

4. Simulationsergebnisse

Im Rahmen einer Studie für die Arbeiterkammer Wien (Stockhammer 2005, 2006) wurde daher versucht, die Effekte der EU-Integration zu simulieren und dabei sowohl positive angebotsseitige Effekte durch den Binnenmarkt als auch negative nachfrageseitige Effekte durch den SWP zu erfassen. In der Studie wird ein makroökonomisches Modell bestehend aus elf Verhaltensgleichungen und ebenso vielen Identitäten entwickelt und ökonometrisch geschätzt, das strukturell dem WIFO-Makromodell (Baumgartner et al. 2004) ähnlich, aber etwas schlichter ist (dies betrifft vor allem den Staatssektor). Mithilfe dieses Modells wurde versucht, sowohl die angebotsseitigen Effekte durch die Liberalisierungen des Binnenmarkts als auch die nachfrageseitigen Effekte, die aus dem restriktiven Bias des SWP resultieren, zu simulieren.

Wie jede Modellsimulation beruht auch diese auf verschiedenen Annahmen, die vereinfachend sind und teils nur als grobe, im Detail unbefriedigende, Näherung an die Realität gelten können. Für die angebotsseitigen Effekte wurden Annahmen, die eng an jene der vorhandenen Literatur (Breuss 2003, 2005) angelehnt sind, verwendet. Für die Effekte des restriktiven Bias des SWP wurde im Hauptszenario erstens angenommen, dass die Hälfte des Rückgangs der Inflationsrate im Euro-Raum von der Periode 1981–92 auf 1993–2004 (vgl. Tabelle 1) darauf zurückzuführen sei. Zweitens wurde angenommen, dass die Hälfte des Rückgangs der Wachstumsraten des öffentlichen Konsums im Euro-Raum auf den SWP zurückzuführen sei. Mit einer Multiplikatorschätzung wurde dann der korrespondierende Effekt auf das BIP-Wachstum im Euro-Raum ermittelt, der rund 0,2 %-Punkte beträgt.

*Simulations-
annahmen:
Rückgang je
der Hälfte der
Inflation und der
Wachstumsraten
des öffentlichen
Konsums im
Euro-Raum sind
auf den SWP
zurückzuführen*

Tabelle 3: Simulationsergebnis Effekte der EU-Integration auf Österreich (Abweichungen zu Basisszenario im ang. Jahr)

	kumuliert		durch. jährl.	
	2000	2004	2000	2004
BIP (real)	-0,82	-1,98	-0,164	-0,22
Arbeitsproduktivität	1,11	0,56	0,222	0,062
Arbeitslosenrate	0,55	0,66	0,11	0,073
BIP-Deflator	-4,45	-6,92	-0,89	-0,769
Beschäftigungsrate	-1,32	-1,71	-0,264	-0,19
Lohnstückkosten (real)	-0,1	-0,25	-0,02	-0,028
Exporte (real)	-0,63	-2,7	-0,126	-0,3
Importe (real)	-0,22	-1,92	-0,044	-0,213
Löhne (real)	-3,69	-7,35	-0,738	-0,817

Quelle: Stockhammer (2006)

Die Veränderungen der Inflation und des Wachstums im Euro-Raum wirken über die Importpreise und die Exportnachfrage auf Österreichs Wirtschaft. Die angebotsseitigen Effekte wirken über das Produktivitätswachstum, den Zinssatz, das heimische Preisniveau und das Wachstum im Euro-Raum. Die angebots- und nachfrageseitigen Effekte wirken in entgegengesetzte Richtung, die Nettoeffekte sind in Tabelle 3 zusammengefasst. Unter der Annahme, dass die Hälfte der tatsächlichen Veränderungen von Inflation und Staatsausgaben im Euro-Raum auf dem SWP beruht, ergeben sich insgesamt leicht negative Wachstumseffekte für Österreich. Pro Jahr wäre Österreichs Wirtschaft demgemäß um rund 0,2%-Punkte weniger gewachsen. Auch die Inflation ist demnach pro Jahr im Durchschnitt um 0,8 %-Punkte geringer gewesen.

*pro Jahr
Österreichs
Wirtschaft um
0,2 %-Punkte
weniger
gewachsen*

E. Stockhammer Makroökonomische Effekte der EU-Integration auf Österreich

Tabelle 4: Effekte der EU Integration auf BIP und Preise in Österreich (Abweichungen zu Basisszenario im ang. Jahr)

	kumuliert		durch. jährl.	
	2000	2004	2000	2004
BIP (real)				
Annahme 1/4	-0,01	-0,67	0	-0,07
Annahme 1/2	-0,82	-1,98	-0,16	-0,22
Annahme 3/4	-1,63	-3,29	-0,33	-0,37
Annahme 1	-2,44	-4,6	-0,49	-0,51
BIP-Deflator				
Annahme 1/4	-3,4	-4,65	-0,68	-0,52
Annahme 1/2	-4,45	-6,92	-0,89	-0,77
Annahme 3/4	-5,51	-9,19	-1,1	-1,02
Annahme 1	-6,56	-11,46	-1,31	-1,27

Quelle: Stockhammer (2006)

Anmerkung: Annahme 1/4 bedeutet, dass durch den SWP 1/4 der tatsächlichen Veränderung des Wachstums des öffentlichen Konsums und der Inflation (in den EU12-Ländern) erklärt wird.

Die Annahme, dass jeweils die Hälfte der Veränderungen (und nicht z.B. ein Viertel oder drei Viertel davon) auf den SWP zurückzuführen sind, ist natürlich in letzter Instanz willkürlich und dient als grobe Näherung. Tabelle 4 präsentiert daher auch die Ergebnisse unter der Annahme, dass der Effekt ein bzw. drei Viertel der tatsächlichen Veränderung seien, sowie den Extremfall, dass die ganze tatsächliche Veränderung auf den SWP zurückzuführen sei. Entsprechend den Annahmen verändern sich natürlich die Simulationsergebnisse. Die Wachstumseffekte reichen dann von -0,1 bis -0,5 %-Punkte p.a., die Effekte auf die Inflation reichen von -0,5 %-Punkte bis -1,03 %-Punkte.

5. Resümee

Während die vorhandenen, angebotsseitig orientierten Studien positive Effekte der EU-Integration auf Österreich finden, ergeben die Simulationen von Stockhammer (2006) leicht negative Wachstumsimpulse. Der entscheidende Unterschied in den Annahmen ist, dass hier auch negative nachfrageseitige Effekte des SWP berücksichtigt werden. Die Berechnungen weisen darauf hin, dass die erwarteten positiven Effekte des Binnenmarkts aufgrund des Nachfragemangels nicht realisiert werden konnten.

Euro-Raum der Möglichkeit beraubt, wirtschafts-politisch effektiv zu reagieren

Der SWP und die EZB wurden in der existierenden Form entworfen, um Preisstabilität zu garantieren und der Gefahr der Insolvenz eines Mitgliedsstaates, die in einer Währungsunion negative *Spill-over*-Effekte auf andere Staaten hätte, vorzubeugen. Beides sind wirtschaftspolitisch wichtige Ziele, in der derzeitigen Ausgestaltung resultiert das wirtschaftspolitische Regime jedoch in Wachstumshemmung. Der Euro-Raum hat sich damit der Möglichkeit beraubt, auf (symmetrische) Schocks effektiv zu reagieren: Während die EZB einseitig auf Inflationsbekämpfung ausgerichtet ist, hat die nationale Budgetpolitik nicht den Spielraum, notwendige Impulse zu setzen. Das EU-Budget ist zu bescheiden, um diese Rolle zu übernehmen.

Anpassungsleistung bei makroökonomischen Schocks von Arbeitsmärkten zu tragen

Damit muss ein großer Teil der Anpassungsleistung bei makroökonomischen Schocks von den Arbeitsmärkten getragen werden. Dies bedeutet Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen. Seit den frühen 80er Jahren sinken daher die Lohnquoten in der EU kontinuierlich, bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit. Damit die Einkommens- und Lebensbedingungen von ArbeitnehmerInnen sich verbessern ist eine Änderung des wirtschaftspolitischen Regimes in der EU notwendig.

In einer Währungsunion mit nationaler Fiskalpolitik hat die Geldpolitik eine zentrale konjunkturpolitische Rolle. Diese wird derzeit von der EZB nicht wahrgenommen. Die wirtschaftspo-

litischen Ziele der EZB sollten daher expliziter die Stabilisierung und Förderung von Wachstum und Beschäftigung (unter Beachtung der Preisstabilität)⁷ beinhalten. Die Fiskalpolitik hat wichtige Stabilitäts-, Struktur- und soziale Funktionen. Um diese längerfristig wahrzunehmen, ist eine solide Grundlage der Einnahmen notwendig. Diese ist durch die hohe Mobilität des Produktionsfaktors Kapital zunehmend gefährdet, da Unternehmen, besonders aber Finanzanleger, leicht ausweichen können. Um eine effektive Besteuerung von Finanzeinkommen und Gewinnen in einer Situation mit hoher Kapitalmobilität zu gewährleisten, ist internationale Koordination notwendig.

*Änderung des
wirtschafts-
politischen
Regimes in
der EU*

Anmerkungen:

- 1 Dieser Artikel beruht auf einer Studie, die in einer ausführlicheren Version in *Wirtschaft und Gesellschaft* 3/05 und 1/06 erschienen ist (Stockhammer 2005, 2006), und verwendet abschnittsweise direkt Material daraus.
- 2 Im Englischen wird oft der Begriff „deflationary bias“ verwendet (Altavilla and Marani 2005, Seccareccia 2004, Arestis and Sawyer 2004). Da deflationär im Deutschen jedoch enger verwendet wird als im Englischen, wird hier von einem „restriktiven Bias“ gesprochen.
- 3 Diese Unterschiede beinhalten die Definition der Szenarien (EFTA, EWR, EU-Binnenmarkt, WWU), aber auch die Frage, ob ein Budgetausgleich erfolgt.
- 4 Breuss (1997) weist zusätzlich zu den Handelseffekten des WWU noch eine separate Schätzung des Sparpakets 1996 aus, bestreitet aber einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Sparpaket und den Konvergenzkriterien.
- 5 Es gab im relevanten Zeitraum positive ebenso wie negative exogene Schocks. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands war von einer schwachen Wachstumsdynamik geprägt, die Österreich auch ohne EU-Beitritt negativ beeinflusst hätte. Andererseits stellte die Öffnung der zentraleuropäischen Staaten über die Exporte einen positiven Schock dar.
- 6 Dieser Befund wird auch durch anspruchsvollere Untersuchungen bestätigt. Badinger und Breuss (2005) schätzen die Entwicklung des Mark-up auf Grenzkosten für 46 österreichische Industrien und finden keinen Beleg für eine allgemeine Reduktion des Mark-up.
- 7 Die Preisstabilität ist derzeit von der EZB mit unter 2 % Inflation definiert. Dies ist wissenschaftlich nicht fundiert und vermutlich für eine heterogene Region wie den Euro-Raum zu restriktiv, da es häufig Deflation in einigen Ländern impliziert.

Literatur:

- Altavilla, C, Marani, U. European economic policies at work: the costs of price stability and budget consolidation. *European Journal of Comparative Economics* 2 (2005) 111-136
- Arestis, P, Sawyer, M. On the Main Ingredients of the European Economic and Monetary Union. *International Journal of Political Economy*, 34 (2004) 5-18
- Badinger, Harald, Breuss, Fritz. Has Austria's Accession to the EU Triggered an Increase in Competition? A Sectoral Markup Study. *Empirica* 32 (2005) 145-180
- Baumgartner, J, Breuss F, Kaniowski, S. WIFO-Macromod. An econometric model of the Austrian economy. WIFO working papers 241/2004
- Beyrer, M; Scheiner, C.; Taglieber, S., Österreich: 10 Jahre EU-Mitgliedschaft - ein Themenaufriss, in: *Wirtschaftspolitische Blätter* 2 (2004) 197-202
- Bhaduri, Amit, Marglin, Stephen. Unemployment and the Real Wage: The Economic Basis for Contesting Political Ideologies. *Cambridge Journal of Economics* 14 (1990): 375-93
- Bieler, Andreas. European integration and eastward enlargement: the widening and deepening of neo-liberal restructuring in Europe. *Queen's Papers on Europeanisation* No 8/2003

E. Stockhammer Makroökonomische Effekte der EU-Integration auf Österreich

- Blanchard, O, Perotti, R. An empirical characterization of the dynamic effects of changes in government spending and taxes on output. *Quarterly Journal of Economics* Nov (2002), 1329-68
- Bowles, S, Boyer, R. Wages, aggregate demand, and employment in an open economy: an empirical investigation. In: G Epstein and H Gintis (Eds): *Macroeconomic policy after the conservative era. Studies in investment, saving and finance.* (Cambridge 1995)
- Breuss, Fritz. Austria, Finland and Sweden after 10 years in the EU: expected and achieved integration effects (= *Europainstitut Working Papers* 65, Wien 2005)
- Breuss, Fritz. Austria, Finland and Sweden in the European Union, in: *Austrian Economic Quarterly* 4 (2003) 131-58
- Breuss, Fritz. An Evaluation of the Economic Effects of Austria's EU Membership, in: *Austrian Economic Quarterly* 5/4 (2000) 171-196
- Breuss, Fritz. Gesamtwirtschaftliche Evaluierung der EU-Mitgliedschaft Österreichs, in: *WIFO-Monatsberichte* 72/8 (1999) 551-575
- Breuss, Fritz. Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der WWU in Modell-simulationen, in: Baumgartner, J, Breuss, F, Kramer, H, Walterskirchen, E. *Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion* (WIFO: Wien 1997)
- Breuss, Fritz, Schebeck, Fritz, Die Vollendung des EG-Binnenmarkts. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen für Österreich (WIFO: Wien 1989)
- Breuss, F, Kratena, K, Schebeck, F. Effekte eines EU-Beitritts für die Gesamtwirtschaft und für die einzelnen Sektoren, in: *WIFO-Monatsberichte, Sonderheft* (1994) 18-33
- Eichengreen, B, Wyplosz, C. The Stability Pact: more than a minor nuisance? *Economic Policy* 26 (1998) 67-113
- Emerson, M, Aujean, M, Catinat, M, Goybet, P, Jacquemin, A, *The Economics of 1992* (Oxford 1988).
- Keuschnigg, C, Köhler, W. Austria in the European Union: Dynamic Gains from Integration and Distributional Implications, in: *Economic Policy* 22 (1996) 155-211
- Kramer, Helmut, Politische Überlegungen zur Währungsunion, in: Baumgartner, J, Breuss, F, Kramer, H, Walterskirchen, E. (Hrsg.), *Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion.* (WIFO: Wien 1997)
- Kramer, Helmut. Österreichs EU-Beitritt: Zusammenfassende Überlegungen, in: *WIFO-Monatsberichte, Sonderheft* (1994) 5-11
- Mooslechner, Peter, Österreich 10 Jahre in der EU: Elemente einer ökonomischen Gesamteinschätzung, in: *Geldpolitik und Wirtschaft* Q2 (2005) 30-45
- Mozart, Irene, Rossmann, Bruno. Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts vom März 2005 – Details und Kritik. *Kurswechsel* 2 (2005) 83-89
- Prammer, Doris. Wirken Budgetkonsolidierungen expansiv? Kritische Würdigung der Literatur zu nicht-keynesianischen Effekten der Fiskalpolitik mit einer Fallstudie für Österreich. *Geldpolitik und Wirtschaft* Q3/04 (2004), 36-56
- Raiffeisen Research, Österreich 10 Jahre in der EU (Raiffeisen Zentralbank: Wien 2004)
- Rodrik, Dani. Has globalization gone too far? (Washington 1997)
- Stockhammer, Engelbert. Effekte der EU Integration auf Österreichs Wirtschaft: Simulationsergebnisse. *Wirtschaft und Gesellschaft* 32 (2006) 65-94
- Stockhammer, Engelbert. Prognosen oder Projektionen? Kritische Anmerkungen zur österreichischen Diskussion der Effekte des EU-Beitritts. *Kurswechsel* 2 (2005) 90-95

Makroökonomische Effekte der EU-Integration auf Österreich E. Stockhammer

- Stockhammer, Engelbert. Wirtschaftliche Effekte des EU-Beitritts. Ein Literaturüberblick. *Wirtschaft und Gesellschaft* 3/05 (2005) 325-54
- van Apeldoorn, Bastian. Transnationalization and the restructuring of Europe's socioeconomic order. *International Journal of Political Economy* 28 (1999) 12-53
- Ziltener, Patrick. The economic effects of the European Single Market Project: projections, simulations – and the reality. *Review of International Political Economy* 11 (2004) 953-979

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akoee.at
Internet: www.isw-linz.at